

Name: _____	Matrikelnummer: _____
Note: _____	Punkte: _____

**Problembereich Vertragsvermittlung durch Susanne**

**1. B gegen E auf Zahlung des Werklohns iHv € 90.000 gem § 1170**

Werkvertrag (Erfolg geschuldet); Voraussetzungen unmittelbare Stellvertretung (eigene Willenserklärung, Offenlegung, Vollmacht); Doppelvertreterin (Willenserklärungen für beide Seiten): Insihgeschäft; Insihgeschäfte sind nach stRsp unwirksam; außer sie werden durch Machtgeber genehmigt oder bringen ausschließlich Vorteile; der Vertrag zwischen E und B ist nicht gültig geschlossen, mangels Werkvertrags kein Anspruch auf Werklohn.	7	
--	---	--

**2. B gegen E auf Zahlung von € 90.000 gem § 1431**

Bereicherungsanspruch der B; Irrtümliche Leistung einer Nichtschuld der B wegen Nichtigkeit des Vertrages; E ist redlich, damit Marktwert der Leistung (€ 80.000) zu ersetzen (§ 417 pa), Anspruch besteht teilweise iHv € 80.000.	3	
--	---	--

**3. B gegen S auf Schadenersatz iHv € 10.000 gem §§ 1293 ff iVm § 1012 ex contractu**

Vermögensschaden durch entgangenen Gewinn aus Arbeiten; Rw: Keine Aufklärung über Doppelvertretung; Kausalität: Kein Hinweis auf Vertragsschluss bei Aufklärung, Anspruch besteht nicht.	3	
--	---	--

**4. T gegen E auf Zahlung des ausständigen Kaufpreises iHv € 4.000 gem § 1062**

iZw Kaufvertrag (§ 1166); Voraussetzungen unmittelbare Stellvertretung (eigene Willenserklärung, Offenlegung, Vollmacht); Vertretungsmacht der S auf Renovierung des Mauerwerks beschränkt; Überschreitung der Vollmacht, keine wirksame Stellvertretung ( <i>falsus procurator</i> ); Diskussion: Heilung gem § 1016: keine Vorteilszuwendung, fraglich, ob Geschäft durch Bezahlung der Teilrechnung nachträglich genehmigt; Auslegung des Erklärungswerts der Zahlung nach obj Empfängerhorizont. <u>Alternative 1:</u> Zahlung bloß aufgrund der Rechnung lässt keinen Schluss auf Kenntnis des E von genauem Inhalt des Vertrags zu, reicht nicht aus für nachträgliche Genehmigung, Anspruch besteht nicht; <u>Folgeansprüche:</u> Rückabwicklung (§ 366, § 372, § 1431 für Möbel, § 1431 für € 8.000 Anzahlung), Schadenersatz gem §§ 1293 ff iVm § 1019 <i>ex delicto</i> zwischen T und S auf Vertrauensschaden.	7	
<u>Alternative 2:</u> Bei unbeanstandeter Bezahlung einer entsprechend bezeichneten Teilrechnung darf Vertragspartner vernünftigerweise davon ausgehen, dass Machtgeber mit Vertrag einverstanden, Anspruch besteht; <u>Folgeansprüche:</u> E gg S auf Schadenersatz iHv € 12.000 gem §§ 1293 ff iVm § 1012 <i>ex contractu</i> , Diskussion Vorteilsanrechnung und Mitverschulden.	4	

**5. S gegen E auf Zahlung des Auftragshonorars gem § 1013 iVm § 1004, § 354 Abs 1 UGB**

Abschluss von Rechtsgeschäften für einen anderen in dessen Namen: Auftragsvertrag; Entgelt nicht ausdrücklich bedungen, aber konkludent (arg "nach dem Stande des Geschäftsträgers", § 1004), auch Vermutung der Entgeltlichkeit bei Verträgen aus unternehmerischem Geschäftsbetrieb (§ 354 Abs 1 UGB); Erfüllung des Auftrags? Anspruch besteht (nicht – je nach Argumentation).	3	
--	---	--

**Problembereich Kronleuchter**

**6. E gg K auf Zahlung von € 500 gem § 1435 iVm § 1167 iVm § 932 Abs 4**

Werkvertrag (§ 1165); VGG gem § 1 Abs 1 VGG nicht anwendbar; Warnpflichtverletzung durch K (GWL verschuldensabhängig); Mangel (untaugliche Befestigung); im Zeitpunkt der Übergabe vorhanden; GWL-Frist (3 Jahre, nicht abgelaufen); Primärer GWL-Behelf Verbesserung; Umstieg auf sekundäre Behelfe möglich (Unmöglichkeit Verbesserung, Sicherheitsgefährdung: triftiger Grund in Person des Übergebers); kein geringfügiger Mangel: Vertragsauflösung, Anspruch besteht. (ZP: § 933a parallel, auch wenn GWL selbst ausnahmsweise Verschulden erfordert) (ZP: Diskussion um widersprüchlichen Werkvertrag)	9	
	1 ZP	
	2 ZP	

**7. E gegen K auf Schadenersatz iHv € 7.000 zzgl entgangener Mietzins gem §§ 1293 ff ex contractu**

Schaden (zerstörter Kronleuchter, Mietzinsminderung siehe 12); Rw: Werkvertrag zwischen E und K, K erkennt, dass Kronleuchter dort nicht fachgerecht montierbar, Warnpflichtverletzung (§ 1168a S 3); Kausalität: wäre K seiner Warnpflicht nachgekommen, wäre der Kronleuchter an einer geeigneten Stelle montiert worden und nicht herabgestürzt (csqn); Verschulden (zumindest grobe Fahrlässigkeit/Eventualvorsatz), Sachverständigenhaftung gem § 1299, Anspruch besteht.	4	
--	---	--

FÜM II (Teil Bürgerliches Recht) / MP Bürgerliches Recht und IPR (Teil I)

März 2025

<b>8. F gegen K auf Schadenersatz iHv € 5.000 zzgl Schmerzgeld gem §§ 1293 ff iVm § 1325 aus VmSzD</b>		
Fraglich ob Werkvertrag zwischen E und K Schutzwirkung ggü F entfaltet; F steht der Erfüllung des Werkvertrags nicht nahe, daher keine Schutzwirkung ggü F, Anspruch besteht nicht.	2	
<b>9. F gegen E auf Schadenersatz iHv € 5.000 zzgl Schmerzgeld gem §§ 1293 ff iVm § 1325 aus VmSzD</b>		
Hier F der Erfüllung des Mietvertrags nahestehend und in Interessenssphäre der M; für E obj erkennbar: VmSzD; Schaden Behandlungskosten (€ 5.000) und Schmerzgeld; Rw: Verstoß gegen vertragl Schutz- und Sorgfaltspflichten; Kausalität (csqn) gegeben; Beweislastumkehr für Verschulden gem § 1298, aber Freibeweis erfolgreich, da Professionist mit Befestigung beauftragt, musste nicht von Mangelhaftigkeit wissen, Anspruch besteht nicht.	6	
<b>10. F gegen K auf Schadenersatz iHv € 5.000 zzgl Schmerzgeld gem §§ 1293 ff iVm § 1325 ex delicto</b>		
Schaden siehe 9; Rw: Eingriff in absolut geschütztes Rechtsgut (körperliche Integrität); Kausalität (csqn) gegeben; Verschulden gegeben, Maßstab nach § 1299; Mitverschulden wegen Tanzen auf Tisch/Trunkenheit (§ 1304) scheidet mangels Deliktsfähigkeit aus, § 1310 pa iVm § 1304 möglich, Anspruch besteht teilweise.	5	
<b>11. F gegen E auf Schadenersatz iHv € 5.000 zzgl Schmerzgeld gem §§ 1293 ff iVm § 1325 ex delicto</b>		
Schaden siehe 9; Rw: Verletzung einer Verkehrssicherungspflicht/Eingriff in ein absolut geschütztes Rechtsgut; Kausalität (csqn) gegeben; kein Verschulden (siehe 9), Anspruch besteht nicht. (ZP: Diskussion § 1318/§ 1319, im Ergebnis nach hM beide zu verneinen)	4 1 ZP	
<b>12. E gegen M auf Zahlung des Mietzinses iHv € 2.000 gem § 1100 (bzw auf Rückzahlung des zu viel Bezahlten iHv € 1.000 gem § 1435)</b>		
Abschluss Mietvertrag mit mündiger Minderj; beschränkte Geschäftsfähigkeit: mündige Minderj können über Einkommen aus eigenem Erwerb verfügen, soweit Befriedigung der Lebensbedürfnisse nicht eingeschränkt (§ 170 Abs 2); Mietvertrag gültig; Anwendbarkeit des ABGB (nicht MRG, § 1 Abs 2 Z 4/5 MRG), Zinszahlungspflicht nach § 1100; Zinsbefreiung für Dauer der Unbrauchbarkeit (§ 1096); Minderung nur, wenn Unbrauchbarkeit nicht von Bestandnehmer zu verantworten; Diskussion: bestandrechtliche Sphärentheorie (siehe § 1107 S 1/§ 1111 ABGB): (1) F ist M zuzurechnen, (2) untaugliche Befestigung liegt in der Sphäre des E, teilweise Minderung, Anspruch besteht (je nach Argumentation) teilweise zu Recht.	7	
<b>13. E gegen M auf Schadenersatz iHv € 7.000 gem §§ 1293 ff iVm § 1111 pa ex contractu</b>		
Schaden siehe 7, Diskussion Rw: Sorgfaltspflichten aus Mietvertrag, Zurechnung der F (§ 1111 pa); gewöhnliche Benützung des Bestandobjekts (§ 1098), Überschreitung des gewöhnlichen Gebrauchs durch betrunkenes Tanzen auf Tisch/Festhalten am Kronleuchter; kumulative Kausalität (csqn), Verschuldensvermutung gem § 1298, liegt hier auch tatsächlich vor, Anspruch besteht.	3	
<b>14. E gegen M auf Schadenersatz iHv € 7.000 gem §§ 1293 ff iVm § 1309 ex delicto</b>		
Schaden siehe 7, Rw: Haftung für Verletzung von Aufsichtspflicht, M wurde von den Eltern die Aufsichtspflicht über F übertragen; Kausalität (csqn); Verschulden gegeben, M hätte auffallen müssen, dass F Alkohol trinkt; Deliktsfähigkeit nach § 176 gegeben, da M 16 Jahre alt ist, Anspruch besteht.	3	
<b>15. E gegen F auf Schadenersatz iHv € 7.000 gem §§ 1293 ff iVm § 1310 ex delicto</b>		
F ist als unmündige Minderjährige (unter 14) nicht deliktsfähig (§ 176); Billigkeitshaftung gegen nicht Deliktsfähige gem § 1310 prinzipiell möglich, jedoch Subsidiarität des § 1310 zu § 1309, da E Ersatz von M erlangt, besteht Anspruch gegen F nicht.	2	
<b>16. M gegen K bzw K gegen M auf Regress gem § 896</b>		
M und K haften dem E solidarisch für den Schaden am Kronleuchter und die Schädigung von F; im Zweifel nach Köpfen (50%/50%), hier aber überwiegend K (Schweregrad des Verschuldens), Anspruch besteht.	2	
<b>ZP: F gegen M auf Schadenersatz aufgrund von Sonderbeziehung iHv € 5.000 zzgl Schmerzgeld gem §§ 1293 ff</b>		
Schaden siehe 8, Rw: übertragene Aufsichtspflicht verletzt; Kausalität unproblematisch, Verschulden gegeben, Anspruch besteht.	2 ZP	
<b>AGL und Subsumtion</b>	<b>6 P</b>	
<b>PUNKTE aus BR</b>	<b>80 P</b>	

# MP Bürgerliches Recht und IPR (Teil II)

März 2025

Name: _____	Matrikelnummer: _____
Note: _____	Punkte: _____

<b>Problembereich Unfall</b>		
<b>1. (Verlassenschaft nach) M gegen F ex delicto</b>		
Fiaker = Fahrzeug iSd Art 1 HStVÜ; Zusammenstoß = plötzliches Ereignis, Unfall iSd Art 1 HStVÜ (sachl Awb); österreichische Gerichte entscheiden (örtl Awb); Zulassung des Unfallfahrzeugs in Unfallstaat, keine Ausnahme Art 4–5 HStVÜ; Unfallort (Art 3 HStVÜ): österr Recht; Mitverschulden gem Art 8 Z 2 HStVÜ vom Unfallstatut umfasst.	2,5	
<b>2. Anspruch D gegen F ex delicto</b>		
Trauerschaden = indirekte Schadensfolge, kein eigenständiges Statut; vom Unfallstatut mitumfasst, österr Recht anwendbar.	1	
<b>3. Anspruch H gegen F ex delicto</b>		
Anwendbarkeit des HStVÜ s. o.; keine Ausnahmen, da Unfallfahrzeug in Unfallstaat zugelassen, österr Recht anwendbar.	1	
<b>4. Anspruch H gegen F ex contractu</b>		
HStVÜ nur auf außervertragl Ansprüche anwendbar; zwischen H & F freiwillig eingegangene Verpflichtung, daher Rom I-VO sachl anwendbar, zeitl und örtl Awb (österr) unproblematisch; hier Beförderungsvertrag über Personen iSd Art 5 Abs 2 Rom I-VO; keine Rechtswahl gem Art 5 Abs 2 UAbs 2 Rom I-VO; obj Anknüpfung: gew Aufenthalt der zu befördernden Person, aber nur, wenn Abgangs- oder Bestimmungsort dort ( <i>quod non</i> ); subsidiär Recht des gew Aufenthalts des Beförderers: österr Recht. <i>Gleichwertige Alternative: Art 5 Abs 2 Rom I-VO nicht anwendbar, da Vergnügungsfahrt; Anknüpfung nach Art 4 Abs 1 lit b Rom I-VO, gew Aufenthalt des Dienstleisters; Art 6 gem Abs 4 lit a nicht anwendbar, österr Recht.</i>	3	
<b>5. Legalzession zwischen H und PV (ex contractu)</b>		
Legalzession betrifft vertragl Anspruch, daher Rom I-VO (sonst Awb unproblematisch); Art 15 Rom I-VO einschlägig, maßgeblich Recht der Verpflichtung der PV, dh des Versicherungsvertrags; Vertrag unterliegt wegen zulässiger Rechtsawhl gem Art 7 Abs 3 lit b Rom I-VO (gew Aufenthalt der Versicherungsnehmerin) deutschem Recht, deutsches Recht anwendbar.	2	
<b>6. SE-Anspruch PV gegen F</b>		
Art 15 Rom II-VO erfasst nur Rechte und Pflichten zwischen Zedent und Zessionar; Verhältnis des Zessionars zum Schuldner richtet sich weiterhin nach dem Statut der zedierten Forderung, siehe oben (österreichisches Recht).	1	
<b>7. SE-Anspruch H gegen (Verlassenschaft nach) M ex delicto</b>		
Awb HStVÜ siehe 1, gemeinsamer gew Aufenthalt in HStVÜ irrelevant; Art 3 HStVÜ, Unfallort: österr Recht anwendbar.	1	
<b>8. Legalzession zwischen H und PV (ex delicto)</b>		
Legalzession betrifft außervertragl Anspruch, Ausnahme aus dem HStVÜ gem Art 2 Z 5 HStVÜ; stattdessen Rom II-VO (zeitl und örtl Awb unproblematisch), Art 19 Rom II-VO einschlägig, Recht der Verpflichtung der PV (siehe 5), deutsches Recht.	1	
<b>9. Regress F gegen Verlassenschaft nach M (bzw. umgekehrt)</b>		
Mehrfache Haftung: F & M haften beide, Ausgleich untereinander, primär außervertragl, Rom II-VO einschlägig (ZP: <i>Rom I-VO, wenn F vertragl in Anspruch genommen</i> ); Art 20 Rom II-VO, Recht, nach dem der Gläubiger befriedigt wurde, hier österr Recht.	1 1 ZP	
<b>Problembereich Erbfolge</b>		
<b>10. Formwirksamkeit des Testaments: HTFÜ</b>		
Testament = letztwillige Verfügung iSd Art 1 HTFÜ, zeitl und örtl Awb unproblematisch; Art 1 HTFÜ, Alternativanknüpfung für Formgültigkeit: Errichtungsort (lit a), Staatsangehörigkeit (lit b), Wohnsitz (lit c), gew. Aufenthalt (lit d), Belegenheitsort unbewegl Vermögens (lit e); hier also alternativ engl (b), deutsches (b, c, d) oder österr (a) Recht; ausreichend, wenn nach einem Recht wirksam (hier gegeben, engl Recht), (Art 27 EuErbVO gem Art 75 Abs 1 EuErbVO durch HTFÜ verdrängt).	2	
<b>11. Erbfolge: EuErbVO</b>		
Awb zeitlich, örtlich, sachlich unproblematisch, keine Rechtswahl gem Art 22 EuErbVO; obj Anknüpfung gem Art 21: gew Aufenthalt im Todeszeitpunkt, hier Deutschland, deutsches Recht anwendbar; mat Wirksamkeit des Testaments (Einsetzung der A als Alleinerbin): gem Art 24 Abs 1 EuErbVO: allg Erbstatut im Errichtungszeitpunkt, auch deutsches Recht; mat. Wirksamkeit des Testaments umfasst gem Art 26 Abs 1 lit a EuErbVO auch Testierfähigkeit (ZP: <i>häufig Verweis auf Geschäftsfähigkeit in Sachrecht, Zweitfrage</i> ).	2	
<b>12. Pflichtteilsanspruch der D</b>		
Awb der EuErbVO siehe 12.; Pflichtteilsanspruch Teil des Erbstatuts gem Art 24 Abs 2 lit h EuErbVO, deutsches Recht anwendbar.	0,5	
<b>Struktur und Subsumtion</b>		
		<b>2 P</b>
<b>PUNKTE aus IPR</b>		
		<b>20 P</b>